



HANDWERK.NRW

Agenda 2.0 für den Mittelstand NRW

Mittelstand stärken – Vermeidung und Abbau von verzichtbarer Bürokratie

I. Bekenntnis für den Mittelstand in NRW

Der Mittelstand in Nordrhein-Westfalen spielt eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Stärke und Stabilität des Bundeslandes. Er sichert gute, vielfach tarifgebundene Arbeitsplätze. Mittelständische Unternehmen in Nordrhein-Westfalen bringen immer wieder technologische und soziale Innovationen hervor, die unsere Zukunftsfähigkeit sichern. Der Mittelstand erleichtert die Teilhabe am Arbeits- und am gesellschaftlichen Leben und sichert so die Lebensqualität in den Regionen NRWs. In mittelständischen Unternehmen wird die personelle, soziale und kulturelle Vielfalt gelebt. Damit leistet der Mittelstand einen wichtigen Beitrag, gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen und großen gesellschaftlichen Veränderungen den Weg zu bereiten (s. auch IfM Bonn: *Der gesellschaftliche Beitrag des Mittelstands*, 2022).

Der Mittelstand in NRW steht auch in den nächsten Jahren vor erheblichen Herausforderungen.

In der ersten Mittelstandsagenda wurde der Fokus auf die Themen Planungs- und Genehmigungsverfahren, Bürokratieabbau, Digitalisierung, Flächenverfügbarkeit und Fachkräfte gelegt. In vier Werkstattgesprächen mit Vertretern aus Unternehmen und Verwaltung wurden anhand von Praxisfällen Lösungsmöglichkeiten für bürokratische Hemmnisse angestoßen. Die Landesregierung hat die Vorschläge entgegengenommen und auf eine Umsetzung geprüft.

Herausforderungen wie der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, hohe Energiekosten, bürokratische Hürden und der Bedarf an hohen Investitionen in Digitalisierung und die nachhaltige Transformation belasten die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen in NRW weiterhin. Dahingehend haben die mittelständischen Betriebe ein hohes Maß an Resilienz und Anpassungsfähigkeit gezeigt. Allerdings sind diese Stärken auch endlich. Die Sicherung des Mittelstandes in der aktuellen Krise wie auch seine langfristige Stärkung bleiben zentrale Ziele der Landespolitik. Dafür setzen sich die Mitglieder des Mittelstandsbeirates aktiv ein.

Der Mittelstandsbeirat widmet sich gemeinsam folgenden zentralen, mittelstandsrelevanten Themen und entwickelt konkrete Vorschläge für die laufende Legislaturperiode, um dem Mittelstand eine erfolgreiche Zukunft am Wirtschaftsstandort NRW zu sichern:

II. Vermeidung und Abbau von verzichtbarer Bürokratie

Mit der Clearingstelle Mittelstand hat NRW eine einzigartige Institution, die es ermöglicht, unternehmerische Anforderungen frühzeitig in die Entstehung von Regelungen einzubringen sowie Änderungspotentiale an bestehenden Regelungen zu identifizieren.

Der Mittelstand benötigt dringend schnelle und effiziente Verwaltungsverfahren, die innerhalb kurzer Zeit zu klaren Entscheidungen führen. Es sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Unternehmen ermöglichen, sich auf ihre wesentlichen Aufgaben zu konzentrieren.

Gesetzgebung und Verwaltung müssen stärker an der betrieblichen Praxis ausgerichtet werden, um den Aufwand für Unternehmen bei neuen und bestehenden Regelungen zu reduzieren.

Die Landesregierung ist aufgefordert, die Clearingstelle Mittelstand konsequent zu nutzen, um unternehmerische Bedürfnisse frühzeitig und umfassend in die Entstehung von Regelungen einzubeziehen sowie bestehende Regelungen praxistauglich und bürokratiearm auszugestalten.

Die Beteiligten tragen mit ihrer Expertise dazu bei, durch Werkstattgespräche bzw. Praxischecks potenzielle Bürokratielasten frühzeitig zu identifizieren und pragmatisch zu vermeiden, ohne die originären Regelungsziele zu umgehen.

Über die Vergabe eines Prüfauftrags an ein geeignetes Institut sollen im (inter-) nationalen Vergleich Wege eruiert werden, wie die Bedarfe des Mittelstands noch besser bei der Normierung berücksichtigt werden können.

- Baupolitik – Schaffung von günstigem Wohnraum

Bezahlbarer Wohnraum ist elementar für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen.

Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, die Vielzahl der zu beachtenden und teils kollidierende Rechtsvorschriften gepaart mit den konjunkturellen Herausforderungen bilden derzeit den Hemmschuh für Investitionen in Neu- und Umbau von Wohnraum.

Ziel muss es sein, dass dieses Bauen schneller, effizienter und kostengünstiger wird.

In einem Werkstattgespräch mit einer ganzheitlichen Betrachtung sollen Ansatzpunkte, wie Planungs- und Genehmigungsverfahren zielgerichtet beschleunigt werden können – insbesondere mit dem Fokus auf kollidierende Rechtsvorschriften – sowie nicht sicherheitsrelevante Standards eruiert und zudem Potentiale der Wohnungsbauförderung identifiziert werden.

Die entwickelten Ansätze können der Landesregierung als Grundlage für ein Maßnahmenpaket für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum dienen.

- [Nutzung von KI zum Bürokratieabbau für den Mittelstand](#)

Überbordende Bürokratie und Berichtspflichten sind für viele Unternehmen derzeit das Top-Ärgernis, das vor allem Zeit, Geld und Ressourcen kostet. Um den steigenden Auswertungsaufwand zu verringern, doppelte Abfragen zu vermeiden, Beschäftigte in der Verwaltung zu entlasten und aber auch, um die Qualität der Abfragen zu verbessern, werden derzeit von privaten und öffentlichen Dienstleistern innovative KI-basierte Tools entwickelt. So entstehen bspw. KI-gestützte Dienstleistungen, die KMU bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung oder den Erfordernissen aus den Lieferkettengesetzen unterstützen. Weitere Anwendungen zur Erfüllung standardisierter Berichtspflichten werden erprobt.

Gemeinsam mit privaten Dienstleistern sowie Vertretern der öffentlichen Hand und aus KMU werden in einem Werkstattgespräch Ansatzpunkte dazu entwickelt,

- wie KI-Modelle besser eingesetzt werden können, um die Erfüllung von Berichtspflichten bei Unternehmen und die Erhebung durch die öffentliche Hand zu vereinfachen und,
- welche Regulationsanforderungen bspw. aus den Bereichen Datenschutz, Datenqualität, Urheberrecht, Haftung, Risikomanagement und Know-how-Transfer hierzu angepasst werden müssen.

- [Nachhaltige Finanzierung](#)

Die Zielsetzungen zur Klimaneutralität haben den Strukturwandel in vielen Branchen angestoßen und erzwingen konkretes Handeln von den Unternehmen. Bei Investitionen bspw. in Anlagen oder in Immobilien, aber auch bei der Weiterentwicklung von Prozessen und Dienstleistungen müssen private wie öffentliche Unternehmen und Finanzierer heute die Klimaziele und die Preispfade berücksichtigen, auch wenn in vielen Branchen noch nicht absehbar ist, wann sich ein Markt für klimaneutrale Produkte und Dienstleistungen entwickelt.

Unter Einbeziehung der Landesinitiative Fin.Connect.NRW werden in einem Werkstattgespräch mit Vertretern der Finanzierungsseite und KMU Ansatzpunkte eruiert, wie Risiken für private und öffentliche Investoren reduziert, Planungssicherheit geschaffen und die Finanzierungsbedingungen und Instrumente heute und in der Transformationsphase angepasst werden sollten.

- [Mehrwertschaffende Kreislaufwirtschaft](#)

Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft kann auf Ebene der Betriebe dazu beitragen, Ressourcen und Kosten zu sparen sowie neue Geschäftsmodelle und Arbeitsplatzpotentiale zu erschließen. Für den Wirtschaftsstandort NRW bietet sie übergeordnet die Chance, mit Blick auf Ressourcen und Klima resilienter zu werden. Kreislaufwirtschaft zielt auf die größtmögliche Werterhaltung von Gütern und Anwendungen durch Umdenken, Reduzierung, Wiederverwendung, Reparatur, Aufarbeitung, Rückgewinnung und teilweises Recycling nach ihrem primären oder sogar sekundären Gebrauch.

Wir setzen uns dafür ein, Maßnahmen und Prozesse zu identifizieren, die aus betrieblicher Perspektive reale Mehrwerte schaffen, damit Kreislaufwirtschaft für den Mittelstand nicht nur

Pflichtaufgabe, Bürokratie oder Verlustgeschäft ist, sondern hilft, neue Geschäftsfelder zu erschließen und damit Tätigkeiten für unterschiedliche Qualifikationsstufen zu ermöglichen. Im Rahmen eines Werkstattgesprächs sollen – zunächst illustrativ – Kriterien für reale Mehrwerte identifiziert werden.

- [Miteinander von Naturschutz und wirtschaftlicher Entwicklung](#)

Natur und Umwelt spielen eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung und als Standortfaktor für ein gesundes Lebens- und Arbeitsumfeld.

Das Naturschutzrecht gibt den Rahmen für den Schutz von Natur und Landschaft vor und kann dabei sowohl fördernde als auch begrenzende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Naturschutzgebiete und intakte Landschaften sind zentral für den Erhalt der Biodiversität, den Klimaschutz und die Klimaanpassung. Sie tragen zur Attraktivität von Standorten bei und viele Branchen profitieren direkt oder indirekt von der Erhaltung der Landschaft und der biologischen Vielfalt.

Andererseits haben naturschutzfachliche Regelungen neben dem Einfluss auf Umfang und Dauer von Genehmigungsverfahren zudem Auswirkungen auf die generelle Verfügbarkeit von Flächen.

Wir setzen uns dafür ein, Maßnahmen und Prozesse zu identifizieren, wie der Naturschutz und wirtschaftliche Betätigung stärker gemeinsam gedacht werden können, auch um der notwendigen Modernisierung und dem Ausbau der Infrastruktur wie auch der Bedeutung des Naturschutzes Rechnung zu tragen.

In einem Gutachten sollen Effizienzpotenziale der NRW-Regelungen im Vergleich zu den Regelungen anderer Bundesländer und den benachbarten Ländern untersucht werden.

[III. Der NRW-Mittelstand in Zahlen](#)

- Rund 708.800 Unternehmen (99,1 % aller Unternehmen) in NRW zählen zum Mittelstand.
- Die NRW-KMU erwirtschafteten 2022 rund 592,59 Mrd. Euro und damit 29,5 % des gesamten Umsatzes.
- Die NRW-KMU hatten im Jahr 2022 rund 4,13 Mio. Beschäftigte, das waren 50,1 % aller abhängig Beschäftigten.

(Quelle IfM, Bonn)

Düsseldorf, den 31.03.2025